

18. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt, Verkehr,
Klimaschutz

mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP
--

An Plen

Mitteilung

des Ausschusses für Umwelt, Verkehr,
Klimaschutz
vom 29. April 2021

zur

Volksinitiative gemäß Artikel 61 Abs. 1 der Verfassung
von Berlin
Drucksache 18/3304
„Klimaneustart Berlin“

Der Ausschuss stellt fest, dass das Verfahren nach Art. 61 Absatz 1 Satz 3 der Verfassung von Berlin i.V.m. § 9 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Abstimmungsgesetz) – Beratung und Anhörung im Ausschuss – ordnungsgemäß durchgeführt worden ist.

Der Ausschuss regt den Beschluss einer EntschlieÙung eines noch im Plenum einzubringenden EntschlieÙungsantrages mit folgendem Text an:

Das Abgeordnetenhaus würdigt das Engagement der Volksinitiative „Klimaneustart“ und dankt allen Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern. Es unterstützt die Einberufung eines Berliner Klima-Bürger*innenrats, der Vorschläge und sozial gerechte Handlungsempfehlungen für ein klimaneutrales Berlin im Sinne des 1,5 Grad-Limits des Pariser Klimaschutzabkommens entwickelt.

Klimaschutz kann nicht einfach von oben verordnet werden, er braucht eine breite gesellschaftliche Verankerung und eine breite Akzeptanz für die nächsten Schritte. Dafür braucht es eine aktive Beteiligung der Berlinerinnen und Berliner an der Erarbeitung von Maßnahmen, am Diskurs über die Abwägung von sozialen und gesellschaftlichen Folgen und beim Ringen um kluge Kompromisse sowie um eine ambitionierte Umsetzung.

Ein solcher Rat kann Impulse setzen und Raum geben für Debatten und Lösungen, die den Erkenntnissen der Wissenschaft ebenso wie der Komplexität der realen Zielkonflikte Rechnung tragen. Ein Klima-Bürger*innenrat gibt zudem Raum, wichtige Zukunftsfragen aus anderer Perspektive zu diskutieren, als das in einer nur auf den nächsten Wahltermin fokussierten Parteiendemokratie möglich ist. Die entstehenden Anregungen und Vorschläge können beim Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) berücksichtigt werden.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, Vorkehrungen zu treffen, dass ein Klimabürger*innenrat auch in Berlin eingerichtet wird und die finanziellen Mittel für die Arbeit, die Moderation und wissenschaftliche Begleitung bereitgestellt werden.

Berlin, den 29. April 2021

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt, Verkehr,
Klimaschutz

Oliver Friederici